

Immer weniger reguläre Jobs

Starker Rückgang seit 1993

VON BASIL WEGENER

Berlin. Deutlich mehr Menschen als noch vor Jahren arbeiten in Deutschland nicht in regulären Jobs: Die Zahl dieser Arbeitnehmer stieg binnen 20 Jahren um mehr als 70 Prozent. Sie sind befristet, in Teilzeit mit 20 oder weniger Wochenstunden, Zeitarbeit oder geringfügig beschäftigt. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfaktion hervor. 1993 waren noch 4,4 Millionen Arbeitnehmer atypisch beschäftigt – 2013 bereits 7,6 Millionen.

Demgegenüber ist der Anteil der Normalarbeitnehmer an den Erwerbstätigen in dem Zeitraum von 76,8 auf 67,5 Prozent gesunken. So waren es 1993 noch 25,9 Millionen Arbeitnehmer in Vollzeit oder Teilzeit mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 21 Stunden, einem unbefristeten Job sowie einer vollen sozialen Absicherung. 2013 lag die Zahl der Normalarbeitnehmer bei 24,06 Millionen – binnen 20 Jahren ein Rückgang um 7,2 Prozent. Fast jeder Vierte arbeitete demnach in Teilzeit.

Allerdings ist der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen nach einem starken Anstieg bis 2006 auf gut 15 Prozent wieder rückläufig. Für 2014 erwartet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hier einen Rückgang um 60 000 auf 5,6 Millionen Personen.

Die Linke-Arbeitsmarktpertin Jutta Krellmann, die die Anfrage gestellt hatte, sagte: „20 Jahre Reformen am Arbeitsmarkt haben für mehr Beschäftigung gar nichts gebracht.“ Es gebe heute genau so viel Arbeit wie 1994. „Nur mehr Menschen teilen sich den gleichen Umfang – aber zu deutlich schlechteren Bedingungen.“ Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände warf der Linken vor, ein Vergleich von heute zum Stand vor der Wiedervereinigung führe in die Irre. „Seit Inkrafttreten der Agenda 2010 hat es keine Verdrängung von Stammbeschäftigten durch flexible Beschäftigung gegeben, ganz im Gegenteil.“

NACHRICHTEN IN KÜRZE

HAMAS-KONFERENZ IN BERLIN

Gegenkundgebung geplant

Berlin. Gegen eine am Sonnabend geplante Palästinenser-Konferenz von Sympathisanten der Terrororganisation Hamas in Berlin formiert sich Protest. Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß kündigte am Dienstag seine Teilnahme an einer Gegenkundgebung an. Stöß kritisierte, einziger Daseinszweck der Hamas sei die Beseitigung des Staates Israel. „Dass eine Veranstaltung, die mit solchen mörderischen Zielen sympathisiert und für sie wirbt, in Berlin stattfinden soll, ist unerträglich.“ Die im Gazastreifen regierende Hamas wird von der EU als terroristische Vereinigung eingestuft.

JEMEN

Saudis vor Bodeneinsätzen

Riad-Sanaa. Knapp vier Wochen nach Beginn der Luftangriffe hat Saudi-Arabien eine neue Phase des Einsatzes im Jemen angekündigt. Die Operation „Sturm der Entschlossenheit“ sei beendet, weil ihre militärischen Ziele erreicht worden seien, teilte das Verteidigungsministerium am Dienstagabend mit. Es folge nun eine Operation „Wiederherstellung der Hoffnung“. Zudem wurde die Mobilisierung der Nationalgarde für mögliche Bodeneinsätze angeordnet. Die US-Regierung dementierte, dass die US-Flotte vor Jemens Küste aus Sorge vor iranischen Waffenlieferungen an die Huthi-Rebellen verstärkt wird.

AFGHANISTAN

Deutscher vermisst

Berlin. Ein deutscher Entwicklungshelfer ist in der nordafghanischen Stadt Kundus verschwunden. Die „Bild“-Zeitung berichtete unter Berufung auf deutsche Sicherheitskreise, der Mann arbeite für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Im Auswärtigen Amt in Berlin hieß es, ein Krisenstab befasse sich mit dem Fall. Eine Entführung des Deutschen wird nicht ausgeschlossen. Laut „Bild“ soll bereits ein Verhandlungsteam auf dem Weg sein. Die Bundeswehr war vor einhalb Jahren aus Kundus abgezogen.

US-LUFTSCHLAG

IS-Chef offenbar schwer verletzt

London. Der Führer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS), Abu Bakr al-Baghdadi, ist offenbar bei einem Luftangriff im Westen des Irak schwer verwundet worden. Das berichtete der britische „Guardian“. Ein Informant sagte der Zeitung, Al-Baghdadi habe nach dem von den USA geführten Luftschlag am 18. März um sein Leben gekämpft. Die IS-Führungsriege habe deshalb bereits über einen Nachfolger beraten. Al-Baghdadi befindet sich inzwischen jedoch auf dem Weg der Besserung. Er soll sich zuletzt häufig in Al-Baaji, einer westlich der IS-Hochburg Mossul gelegenen irakischen Stadt aufgehalten haben.

Moralisch mitschuldig am Massenmord

Angeklagter Gröning gesteht in erschütternder Offenheit seine Beteiligung an den Nazi-Verbrechen in Auschwitz

VON WIEBKE RAMM

Lüneburg. Er packt sein Käsebrot aus und beißt hinein. Oskar Gröning macht Mittagspause. Eben noch hat er berichtet, wie das damals war im Konzentrationslager in Auschwitz-Birkenau. Der heute 93-Jährige gerät dabei ins Plaudern. Wodka, den sie aus der Flasche tranken, spielt in den Erzählungen des früheren SS-Mannes eine Rolle. Auch an das Eisentor mit der zynischen Aufschrift „Arbeit macht frei“ erinnert er sich. Er nennt es „schön geschmiedet“. Anekdoten aus Auschwitz, im Plauderton vorgetragen von einem früheren SS-Mann, der sich 70 Jahre nach Befreiung des Konzentrationslagers wegen Beihilfe zum Massenmord an 300 000 Kindern, Frauen und Männern vor Gericht verantworten muss.

Ihm gegenüber sitzen fünf Auschwitz-Überlebende und Hinterbliebene derer, die von der SS ermordet wurden. Eva Puzsai-Fahidi ist eine der Überlebenden. Sie hört Grönings Worte über Kopfhörer in ungarische Sprache übersetzt. Sie hat die Augen geschlossen. Nur manchmal guckt sie den Angeklagten kurz an. Rund 60 Holocaust-Überlebende und Angehörige der Opfer nehmen an dem Prozess als Nebenkläger teil. Sie leben heute in den USA, in Ungarn, in Kanada, in Israel. Sie sind weit über 80 Jahre alt, weswegen nur wenige nach Lüneburg reisen konnten. Elf Anwälte vertreten sie.

Es ist der wohl letzte große NS-Kriegsverbrecher-Prozess, der am Dienstag vor dem Landgericht Lüneburg begonnen hat. Die Holocaust-Überlebenden haben nicht mehr zu träumen gewagt, dass sie diesen Moment noch erleben werden. Im vergangenen Jahr hatte die 4. Große Strafkammer des Landgerichts Lüneburg unter Vorsitz von Richter Franz Kompisch die Anklage der Staatsanwaltschaft Hannover gegen Oskar Gröning zugelassen.

Ohne Übertreibung lässt sich sagen: Es ist ein historischer Moment, als Staatsanwalt Jens Lehmann die Anklage vorträgt. Ein historischer Moment, der verzerrt und mit Aussetzern im Saal ertönt. Das Mikrofon ist kaputt. Die Stimme des Staatsanwalts dringt verzerrt durch die Lautsprecher. Lehmann spricht trotzdem weiter: „Im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau wurden zwischen 1940 und 1945 mindestens 900 000 Menschen meist jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung so gleich nach ihrer Ankunft getötet. Die Tötung erfolgte ganz überwiegend mittels Vergasungen in eigens dafür geschaffenen Anlagen, sogenannten Gaskammern, durch das Giftgas Zyklon B.“ Die Mikrofonanlage spielt verrückt. Richter Franz Kompisch tut nichts. Lehmann sagt, dass die Menschen, die nicht gleich getötet wurden, später durch unmenschliche Arbeitsbedingungen oder auf andere erbarmungs-



Diese undatierte Aufnahme aus dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau zeigt den Angeklagten Oskar Gröning als jungen SS-Mann in dem Vernichtungslager. FOTO: DPA

lose Weise ums Leben kamen. Als Lehmann beginnt, die Namen von Opfern zu verlesen, fällt das Mikrofon komplett aus. Erst jetzt bringt ein Techniker ein neues.

Die Anklagebehörde wirft Oskar Gröning, einem ehemaligen SS-Unterscharführ-

er, vor, mit seinem Dienst in Auschwitz-Birkenau das reibungslose Funktionieren dieser Tötungsfabrik des NS-Regimes mit ermöglicht zu haben. Mindestens 1,1 Millionen Juden sowie Zehntausende nichtjüdische Polen, Russen, Sinti und Roma starben

insgesamt in dem Vernichtungslager. Gröning war der Buchhalter von Auschwitz, er verwaltete das Geld, das die Nazis ihren Opfern abnahmen. Er hat auch das Gepäck an der Rampe von Auschwitz bewacht, das die Deportierten am Bahnsteig zurücklassen mussten.

Aus rechtlichen Gründen hat die Staatsanwaltschaft ihre Anklage auf die sogenannte Ungarn-Aktion im Sommer 1944 beschränkt. Damals trafen in Auschwitz-Birkenau mindestens 137 Eisenbahntransporte aus Ungarn ein. Von den rund 425 000 Menschen in den Zügen ermordete die SS mindestens 300 000 sofort nach ihrer Ankunft in den Gaskammern.

Als Gröning am Morgen den Saal betritt, wird er von Justizwachleuten gestützt. Er braucht einen Rollator zur Fortbewegung. Richter Kompisch trägt den Namen des Angeklagten, sein Alter, seinen Familienstand („verwitwet“) vor. Gröning bestätigt alles. „Ja“, sagt er mit gebrochener Stimme – die allerdings so ganz anders klingen wird, als er wenig später mit klarer, fester Stimme in erschütternder Offenheit zu erzählen beginnt.

1942 wurde Gröning nach Auschwitz beordert. Er habe eine Verpflichtungserklärung unterzeichnet, die ihn zur strikten Geheimhaltung anhielt über das, was er dort erleben würde. Er habe nicht gewusst, was ihn erwarte. Das sagt er immer wieder. Erst vor Ort hätten ihm die Kameraden gesagt, dass im Lager Menschen ermordet werden. Diese Stelle liest Gröning von Blatt ab. Er hat mehrere Blätter Papier vor sich liegen. Auf ihnen steht, was seine Verteidiger ausgearbeitet haben. Jetzt sagt er: „Hier steht, die Menschen wurden umgebracht. Dort war der Jargon: Die wurden entsorgt.“

Gröning erinnert sich an „ein besonderes Ereignis“: Zwischen den Koffern am Bahnsteig schrie ein Baby. Er sagt: „Ein SS-Rottenführer nahm das Kind, schlug es gegen einen LKW und das Schreien hörte auf.“ Gröning sagt: „Da ist mir das Herz stehengeblieben.“ Da habe er angefangen umzudenken, sagt er. Und dann folgt der Satz: „Es wäre etwas anderes gewesen, wenn er ein Gewehr genommen und das Baby erschossen hätte, anstatt es gegen einen Pfosten zu schlagen.“ Da habe er um seine Verletzung an die Front gebeten.

Gröning bekennt, er habe die Vernichtungsmaschinerie zunächst, durch die NS-Propaganda beeinflusst, als begründet angesehen. Er habe gedacht: „Wenn die Juden unsere Feinde sind, ist es Teil des Krieges, dass sie erschossen werden.“ Er sagt auch: „Für mich steht außer Frage, dass ich mich moralisch mitschuldig gemacht habe an der millionenfachen Ermordung von Menschen, von denen die allermeisten Juden waren. Dazu bekenne ich mich. Über die Frage der strafrechtlichen Schuld müssen Sie entscheiden.“

20 Jahre Haft für Mursi

Ägyptens Ex-Präsident droht in weiteren Verfahren die Todesstrafe

VON GREGOR MAYER

Kairo. Der 2013 gestürzte ägyptische Präsident Mohammed Mursi ist erstmals verurteilt worden und soll wegen Anstiftung zur Gewalt gegen Demonstranten 20 Jahre hinter Gitter. Zwölf weitere Spitzenfunktionäre der inzwischen verbotenen Muslimbruderschaft sollen ebenfalls 20, zwei weitere zehn Jahre ins Gefängnis, entschied



Mohammed Mursi während der Gerichtsverhandlung am Dienstag. FOTO: DPA

ein Gericht in Kairo am Dienstag. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Gegen den Islamisten Mursi sind noch drei weitere Verfahren wegen Spionage und Landesverrats anhängig, in denen ihm die Todesstrafe droht.

Kritiker sprachen von einem politisch motivierten „Fehlurteil“ und „fadenscheinigen Beweisen“. Die Staatsanwaltschaft hatte den Angeklagten den Mord an elf Demonstranten vorgeworfen, wofür ihnen die Todesstrafe gedroht hätte. Das Gericht sah jedoch den Tatbestand des Mordes nicht als erwiesen an. Das Verfahren bezog sich auf Zusammenstöße vor dem Kairoer Präsidentenpalast im Dezember 2012. Gegner der Muslimbruderschaft hatten dagegen protestiert, dass sich Mursi als Präsident weitreichende Vollmachten angemaßt und damit gegen die Verfassung verstoßen habe. Anhänger der Muslimbruderschaft hatten daraufhin die Demonstranten angegriffen und einige von ihnen verschleppt, gefoltert und getötet.

Mursi war Mitte 2012 aus den ersten freien Präsidentenwahlen Ägyptens als Sieger hervorgegangen. Nach Massenprotesten gegen seine autoritäre Herrschaft stürzte ihn das Militär im Juli 2013, seitdem ist er in Haft. **Kommentar Seite 2**

Sechs Beamte und ein Todesfall

Erneut tödliche Polizeigewalt gegen Schwarzen in den USA

VON THOMAS SPANG

Baltimore. Alle sind empört: Die Angehörigen Freddie Grays, die wissen wollen, warum der junge Mann sterben musste. Die Bewohner der armen Schwarzen-Viertel Baltimores, die den Cops noch nie über den Weg getraut haben. Und die schwarze Bürgermeisterin Stephanie Rawlings-Blake, die mühsam versucht hatte, das angespannte Verhältnis zwischen den Bürgern und den Ordnungshütern zu verbessern.

Was fehlt, sind klare Antworten – auf die Frage, was genau sich an dem Sonntagmorgen (12. April) zutrug, als die Polizei den 25-jährigen Gray im Westen der Hafenstadt festnahm. Bisher gibt es nicht einmal einen nachvollziehbaren Grund, warum die Polizei den Schwarzen verfolgt hatte. Laut Aussagen der beteiligten Beamten rannte Gray weg, als er den Streifenwagen sah. Zwei Straßenblöcke weiter stellten die Cops den Flüchtenden, der, so der stellvertretende Polizeichef Jerry Rodriguez „ohne die Anwendung von Gewalt aufgab“. Bei einer Leibesvisitation sei ein Springmesser in der Hosentasche Grays gefunden worden.

Ein von Zeugen aufgenommenes Handyvideo zeigt, wie die Polizei Gray in einen Gefangenentransporter schleppt. Laute

Schreie sind zu hören, aber deren Ursache ist nicht zu sehen. „Als er in den Transporter gesteckt wurde, konnte er reden und war wütend“, erklärte Rodriguez. „Und als Mr. Gray aus dem Wagen geholt wurde, konnte er weder sprechen noch atmen.“

Was in dem Gefangenentransporter passiert ist, bleibt ein Mysterium. Laut Polizei verlangte Gray ein Atemhilfe-Gerät. Doch statt ihm sofort zu helfen, dauerte es 42 Minuten, bis die Polizei medizinische Hilfe holte. „Wir hätten wohl früher einen Notarzt rufen sollen“, räumt Polizeichef Anthony Batts ein, der die sechs beteiligten Beamten vom Dienst suspendiert hat. Eine Woche später verstarb Gray – an den Folgen einer Rückenmarkverletzung.

Der Anwalt der Familie, William „Billy“ Murphy, meint, die Erklärungen der Polizei seien „bizarr“. Schon die Verfolgung Grays sei nach Stand der Dinge nicht mehr als reine Polizeiwilkr gewesen: „So weit ich weiß, gibt es nicht so etwas wie einen Straftatbestand des Davonlaufens.“

Bürgermeisterin Rawlings-Blake verspricht jetzt lückenlose Aufklärung und bittet die Bürger, Ruhe zu bewahren: „Niemand von uns kriegt die Antworten, die wir brauchen und auf die die Gray Familie Anspruch hat, wenn es zu Gewalt kommt.“

Athen ringt um Hilfen – Brüssel verlängert Frist für Reformpläne

VON TAKIS TSAFOS
UND CHRISTIAN BÖHMER

Athen-Brüssel. Athen und Moskau wollen enger im Bereich Energie kooperieren. Aus diesem Grund kam der Chef des russischen Staatsmonopolisten Gazprom, Alexej Miller, am Dienstag mit dem griechischen Regierungschef Alexis Tsipras und Energieminister Panagiotis Lafazanis zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die geplante Erweiterung einer Gas-Pipeline auf griechischen Boden. Ein Abkommen wurde jedoch nicht unterzeichnet.

„Wir setzen unsere Gespräche fort und hoffen uns bald auf den Bau der Pipeline zu einigen, die große Vorteile für Griechenland haben wird“, sagte der griechische Energieminister nach dem Treffen. Miller erklärte, der endgültige Bau der Pipeline

werde nach den Geboten und Regeln der Europäischen Union stattfinden.

Überschattet werden die Gespräche von den massiven Finanzproblemen des seit 2010 nur mit internationaler Hilfe vor der Pleite bewahrten Landes. Im Ringen zwischen Athen und den Geldgebern um weitere Hilfsmilliarden haben die Europartner nun de facto auf eine wichtige Frist verzichtet. Die im Februar vereinbarte Vorgabe, bis Ende April eine umfassende Aufstellung zu den Athener Reformplänen zu haben, sei nur noch äußerst schwierig einzuhalten. Das machte ein Eurogruppen-Verantwortlicher am Dienstag in Brüssel deutlich.

Wichtiger sei eine weitere, die bis zum 30. Juni laufende Frist – dann ende die viermonatige Verlängerung des griechischen Hilfsprogramms. Ohne eine Verständigung auf die Reformliste können rund 7,2

Milliarden Euro blockierte Hilfgelder nicht fließen. „Wir sind noch einen bedeutenden Weg entfernt, bevor wir signalisieren können, dass ein Ergebnis in Sicht ist“, sagte der Verantwortliche mit Blick auf die Verhandlungen. Die Finanz-Staatssekretäre der 19 Euroländer werden an diesem Mittwoch erneut beraten. Griechenland ist auch Thema bei Treffen der Euro-Finanzminister an diesem Freitag in Riga.

In Sachen Energie-Kooperation mit Russland haben beide Seiten einen Projektplan ausgearbeitet, wie es aus Athener Regierungskreisen hieß. Eine Arbeitsgruppe solle in der nächsten Zeit definieren, was jede Seite für den Bau der Pipeline tun muss. Von einer Vorauszahlung seitens Moskaus an Athen war nicht mehr die Rede. Kreise der griechischen Regierung hatten vergangene Woche wiederholt an die

Presse durchsickern lassen, Moskau sei bereit, als eine Art Vorschuss für künftige Transitgebühren für die geplante Erdgas-Pipeline bereits jetzt drei bis fünf Milliarden Euro zu zahlen. Die Leitung wäre die Verlängerung der geplanten Pipeline Turkish Stream, durch die Russland ab 2017 Gas in die Türkei pumpen will.

Das hoch verschuldete Griechenland steuert nach Jahren übermäßiger Defizite wieder normale Werte an. Athen drückte die Neuverschuldung 2014 auf 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung nach 12,3 Prozent zuvor. Das berichtete das Europäische Statistikamt Eurostat in Luxemburg. Konsequenzen an der Defizit-Front hat das Krisenland aber zunächst nicht zu befürchten. Denn im laufenden Strafverfahren hat Athen noch bis 2016 Zeit, die Maastrichter Defizitmarke von 3 Prozent einzuhalten.